Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern [illegible] allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Interna[illegible] [illegible]irk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / [illegible]
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre [illegible]eier

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (ausschließend im dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur [illegible] bis 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2.

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,60 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 [illegible]. Postscheckkonto: Dresden [illegible]. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr Betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

7. Jahrgang | Dresden, Freitag den 14. August 1931 | Nummer 141

Heute spricht Hensel
ehemaliger Betriebszellen-Leiter der NSDAP in Sachsen
Gasthof Wölnitz
Ballhaus Watzke
20 Uhr

Neuer Lohn- und Sozialabbau!

Polizeirazzien in Dresden und im Reiche

Gestern machte der Reichskanzler Brüning im Reichsrat Mitteilungen, wonach eine neue ungeheure Belastung der Massen durchgeführt werden wird. Auch die Aeußerungen des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Mulert, über die Vorstandssitzung, besagen, daß ein neuer furchtbarer Sozialabbau in den Gemeinden vorgenommen werden soll.

Aus verschiedenen Teilen des Reiches kommen Meldungen über systematische Polizeiaktionen gegen die Arbeiter und die KPD. In Dresden drang gestern Mittag Polizei mit gezogenem Revolver in das Volkswohlspeiselokal am Sternplatz ein, die Arbeiter und Angestellten mußten ihr karges Mittagessen unterbrechen und wurden peinlichst durchsucht. (Ausführlicher Bericht im lokalen Teil.) In Finsterbergen in Thüringen wurden Lehrer und Schüler eines marxistischen Wochenkurses der KPD verhaftet. In Recklinghausen (Ruhrgebiet) wurden 800 Teilnehmer einer Kundgebung in einem Kino sistiert. In Berlin, Köln und anderen Orten erfolgten Verhaftungen. In Radebeul wurden alle Versammlungen, Aufzüge unter freiem Himmel bis Mitte September verboten.

Es ist keine Zeit zu verlieren. In Betrieben, Stempelstellen, Büros gilt es ohne Verzug Beschlüsse gegen Lohn- und Sozialraub und gegen den Terror, insbesondere gegen die Sperre des Karl-Liebknecht-Hauses, zu fassen.

Brüning kündigt an: „Einsparungen in großem Ausmaße“

Berlin, den 13. August.

In der heutigen Sitzung des Reichsrates referierte der Kanzler Brüning über die Einzelheiten des Programms der „nationalen Selbsthilfe“. Diese Einzelheiten werden von der Presse den Massen verheimlicht. Um was es geht, beweist die Bemerkung des heutigen Dresdner Anzeigers:

„Nach diesen mit großer Schärfe und Klarheit vorgetragenen Ausführungen (Brünings) muß mit weiteren Einsparungen in großem Ausmaße gerechnet werden.“

Außer erklärte Reichsfinanzminister Dietrich, das Reich habe in [illegible] Wochen 230 Millionen Mark Steuerverlust zu verzeichnen, [illegible] dieser Verlust habe sich bis heute wahrscheinlich auf eine Milliarde Mark gesteigert. Die Sparmaßnahmen würden sich auch auf die Gehälter der Beamten und Angestellten erstrecken.

Ungeheuerliches Spardiktat in Dresden

Buck als stiller Staatskommissar?

Wie wir erfahren, liegen für Dresden scharfe „Sparpläne“ auf Kosten der Massen vor. Als erste Maßnahmen sind vorgesehen: sämtliche kommunalen Krankenanstalten Dresdens außer dem Friedrichstädter Krankenhaus werden geschlossen; sämtliche Kinder aus der Erholung zurückgebracht. Der Kreishauptmann Wilhelm Buck soll bei den Maßnahmen die Tätigkeit eines Staatskommissars, wenn auch ohne direkte formelle Ernennung für einen solchen, tatsächlich ausüben. Als Folge der „Sparmaßnahmen“ ist die Entlassung einer Anzahl städtischer Arbeiter und Angestellter zu erwarten.

Städtetag proklamiert schwerste Belastung der Bevölkerung

Berlin, 13. August 1931

Der Präsident des Städtetages, Dr. Mulert, machte der bürgerlichen Presse Mitteilungen über die Vorstandssitzung, über die die „Vossische Zeitung“ von heute berichtet: In den Gemeinden ist mit einem Fehlbetrag von 800 Millionen Mark für das laufende Jahr zu rechnen. Infolgedessen werden scharfe Sparmaßnahmen durchgeführt:

„Es handelt sich um einen außerordentlichen Ausgabenabbau, der ohne schwere Eingriffe undurchführbar ist. Weiterhin sind Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft vorgesehen, die besonders die Unterhaltung im Hoch-, Tief- und Straßenbau betreffen.

Im Wohlfahrtswesen wird sich nach Meinung des Städtetages die Sonderstellung einzelner Fürsorgegruppen und verschiedener Sonderleistungen nicht aufrechterhalten lassen. Die gehobene Fürsorge wird eingeschränkt werden müssen. Die Aufwertungsbezüge müssen auf die Fürsorgeunterstützung angerechnet werden. Alles Einkommen ist bei der Bemessung der Unterstützung zu berücksichtigen (d. h. scharfe Bedürftigkeitsprüfung!). Einmalige Unterstützungen sind einzuschränken. Anstaltsunterbringung, Arbeitsfürsorge und Notstandsarbeiten werden wesentlich beschränkt werden.

Auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens wird eine Einschränkung der offenen Fürsorge und eine möglichst wirtschaftliche Gestaltung des Badewesens getroffen werden. Auch die Jugendwohlfahrt wird in den Gemeinden betroffen.

Es folgt noch eine Reihe von weiteren Vorschlägen, die starke Abbaubestrebungen auf allen Gebieten des Kommunalwesens zeigen. Gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen sollen nach Möglichkeit zu Betrieben umgestellt werden, die sich selbst tragen; andernfalls wird man ihre Schließung erwägen müssen.

Auf dem Gebiet von Schule und Bildung müssen die Sparmaßnahmen vor allem eine Herabsetzung der Personalkosten (d. h. Lehrer-Entlassung) bezwecken. Das Ziel muß in der Volksschule eine vorübergehende weitere Erhöhung der Frequenzen (d. h. mehr Schüler in einer Klasse) sein.“

Am Schlusse erklärte Mulert: „Der Vorstand des Städtetages ist sich darüber klar, daß diese Maßnahmen eine ungeheure Belastung der Bevölkerung bedeuten und, auf die Dauer gesehen, schwerste Schädigung auslösen.“

Demgegenüber zeigt die KPD in ihrem Arbeitsbeschaffungsplan, in ihren Forderungen der roten Selbsthilfe und in ihrem Nationalen und Sozialen Befreiungsprogramm einen anderen Weg: Durchsetzung der Massenforderungen auf Kosten der Reichen, der Millionäre der Profit- und Dividendenschlucker! Arbeit, Brot und Freiheit für das Volk!

Tägliche Polizeiaktionen

In Finsterbergen (Thüringen) wurde ein marxistischer Lehrkursus in einem Jugendheim ausgehoben auf den bloßen Verdacht hin, daß die dort entfaltete Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufe. Alle Lehrer und Schüler sollen wegen Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat zur Anzeige gebracht werden.

In Berlin nehmen die Polizeiaktionen ihren Fortgang. Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Sieben Weißenseer Mitglieder des legalen Kampfbundes gegen den Faschismus wurden gestern festgenommen. Man behauptet, sie hätten Drohungen gegen die Polizei ausgestoßen.

Die Geschlagenen

In der sozialdemokratischen Partei herrscht eine wahre Panikstimmung. Der äußere Ausdruck dieser Panik ist die geradezu hysterische Hetze der sozialdemokratischen Führer gegen die Kommunistische Partei. Diese Hetze wurde noch gesteigert durch die großen Erfolg unserer Partei, die der Ausgang des roten Volksentscheids vor der gesamten Welt dokumentierte. Wenige Tage nach diesem Volksentscheid zeigt sich nämlich ganz klar, daß keinerlei berufsmäßige Hetze der Sozialfaschisten vermocht hat, die Tatsache zu verschleiern, daß in Wirklichkeit Brüning und Braun-Severing nicht nur die offenen Schrittmacher des Faschismus, sondern seine direkten Bundesgenossen sind. Diese Tatsache verrät die Entwicklung von nur 3 Tagen nach dem Volksentscheid.

Was ist seit Sonntag geschehen? Wenn man der sozialdemokratischen Presse glauben will, hat am vergangenen Sonntag die „Demokratie“ einen großen Sieg davongetragen, dann sind am 9. August „neue und festere Grundmauern für die Preußen-Regierung gelegt worden. Aber was ist in Wirklichkeit der Fall? Schon am 10. August trat Brüning an die Oeffentlichkeit und verlangte ganz offen das Aufgehen Preußens im Reich durch die sogenannte Reichsreform und er verlangte die Erweiterung der Front Brüning-Braun-Severing. Brüning will die Regierung erweitern nach rechts, er will die Hugenberg- und Stahlhelm-Faschisten einbeziehen in die jetzige Regierung. Und zwei Tage nach dem Volksentscheid springt die gesamte kapitalistische Presse auf diese Brüning-Forderung ein. Auch sie fordert: die Hugenberg-Mannen in die Regierung! Es gibt keine kapitalistische Zeitung, ganz gleich, ob sie liberalistisch oder monarchistisch gefärbt ist, die nicht diese Konzentration im Sinne Brünings als „Gebot der Stunde“ erklären. Jetzt zeigt sich vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft und insbesondere vor den sozialdemokratischen Arbeitern, wer die Bundesbrüder der Faschisten sind. Jetzt zeigt sich, daß die Preußen-Regierung als die stärkste Stütze Brünings

Sie zittern vor Gemeindearbeiter-Streik

Erregung unter den Arbeitern / Kuhhandel gescheitert / Rüstet zum Streik!

Der geplante Lohnraub von 20 bis 30 Prozent in den Kommunalbetrieben auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni hat unter den Gemeindearbeitern starke Erregung hervorgerufen. Aus Furcht vor den Arbeitern wagen es nicht die reformistischen Führer, sofort offen dem Lohnraub zuzustimmen, sondern sie manövrieren erst; die Verhandlungen, die am 11. und 12. August stattfanden, sind zunächst gescheitert. Die reformistische Bürokratie wird gemäß ihrer Burgfriedenspolitik selbstverständlich den Wünschen des Kapitals Rechnung tragen.

Die Bourgeoisie und ihre Presse zittern vor einem ernsten Kampf der Gemeindearbeiter. Charakteristisch dafür ist das, was die Vossische Zeitung von heute morgen schreibt:

„Welche Bedeutung einem Kampf in der Gemeindewirtschaft beigemessen werden muß, geht allein daraus hervor, daß in der Hand der Gemeinden beinahe alle lebenswichtigen Betriebe in mehr oder minder großem Umfange vereinigt sind. Die Zahl der Arbeiter beläuft sich auf rund 315 000. Wird die drohende Gefahr nicht in wenigen Tagen behoben, so sind die Gas-, Wasser- und Stromversorgung, wichtige Zweige der Ernährungswirtschaft, des Verkehrswesens, die Stadtentwässerung und Abfallbeseitigung sowie die Gesundheitsfürsorge und Gesundheitspflege gefährdet.“

Was der kommunale Arbeitgeberverband und das Kapital fürchten, das ist der Streik der Gemeindearbeiter, weil sie wissen, daß ein solcher Streik rasch den Sieg der Arbeiter, die Durchsetzung ihrer Forderungen mit sich bringen muß, und darüber hinaus eine gewaltige Steigerung der Kraft der Arbeiterklasse bedeutet. Diese Tatsache zeigt den Gemeindearbeitern den Weg!

Der Sächsische Landtag hat bekanntlich auf Antrag der KPD die Einführung der 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich beschlossen; selbstverständlich denkt die von der SPD unterstützte Schieck-Regierung nicht im Traum an die Durchführung dieses Beschlusses. Der Betriebsrat der Dresdner Straßenbahner hat auf die Initiative der roten Betriebsräte die Durchführung der 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich beschlossen. Es gibt nur ein Mittel, um die neuen Lohnraubpläne abzuwehren und die 40-Stundenwoche bei vollem Lohn zu erzwingen: das ist die Kraftentfaltung, der Kampf und der Streik der Gemeindearbeiter. Die Waffe des Streiks, unter Führung der RGO angewendet, bedeutet schnellen, vollen Sieg.

Gemeindearbeiter, faßt Kampfbeschlüsse, rüstet zum Streik!

Aufstände: Irland, Spanien, Kuba, Kongo

Sprengung von Eisenbahnen und Telephonleitungen

Aus Irland werden Aufstandsbewegungen gemeldet, die eine ungeheure Verschärfung der Lage des britischen Imperialismus zeigen. Aus dem Grenzgebiet von Ulster wird gemeldet, daß Eisenbahnverbindungen in die Luft gesprengt, sämtliche Telefonleitungen zerschnitten und Schützengräben aufgeworfen werden. Die sogenannte „Freistaat“-Regierung bietet mit Unterstützung der Londoner Imperialisten alles auf, um der revolutionären Bewegung Herr zu werden. Doch hat sich trotz der Verhaftung von neun revolutionären Führern die Bewegung verbreitert.

In Spanien hat die revolutionäre Bewegung trotz Regierungsterror eine weitere Verschärfung erfahren. Saragossa steht im Zeichen des Generalstreiks. Die Massenstreikposten der Arbeiter verhinderten die Tätigkeit der Streikbrechergarden des sozialdemokratischen Arbeitsministers. Es kam zu Demonstrationen und zu blutigen Zusammenstößen. Die Polizei schloß darauf die Büros der Arbeiterverbände.

Ganz Kuba befindet sich nach Neuyorker Meldungen im Bürgerkrieg. Die Aufständischen gewinnen täglich an Boden. Die Verbindungen mit dem Innern des Landes sind unterbrochen.

Der belgische Kolonialminister hat bekanntgegeben, daß ein Aufstand der Neger in Belgisch-Kongo blutig niedergeschlagen worden sei. Nach neueren Meldungen sind jedoch erneut Unruhen ausgebrochen, die die Regierung gezwungen haben, die Eingeborenensteuer herabzusetzen. Dieser Beruhigungsversuch ist jedoch zusammengebrochen, da die ausgebeuteten Neger die Zahlung der Steuer überhaupt verweigern.